

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE von Urs Hans (parteilos, Turbenthal)

betreffend Standesinitiative zur definitiven Aufhebung aller Massnahmen in Zusammenhang mit Corona durch den Bund

Gestützt auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung fordert der Kanton Zürich mit einer Standesinitiative die Bundesversammlung auf, dafür zu sorgen, dass die Ausserordentliche Lage, sowie alle Corona bedingten Massnahmen sofort und definitiv annulliert werden.

Urs Hans

Begründung:

Die weltweit von den Medien geschürte Panik vor einer Corona-Pandemie war massiv übertrieben und die Politik hat darauf mit nie gekannten schädlichen Massnahmen reagiert. Wie immer mehr Studien beweisen, führten und führen gerade diese Massnahmen zu mehr unterschiedlichen Krankheiten, zum Verlust von unzähligen wirtschaftlichen Existenzen, zu einer nie gekannten zusätzlichen Bereicherung weniger Profiteure, zu einer Spaltung der Gesellschaft, zu einer beinharten medialen Zensur und zu einer teilweisen Ausserkraftsetzung unserer demokratischen Grundordnung durch das Ausrufen der Ausserordentlichen Lage. Der Vergleich von Staaten mit Lockdown, verbunden mit sogenannten epidemiologischen Massnahmen, und solchen ohne zeigt ein klares Bild. Staaten ohne Massnahmen hatten über die ganze Periode gerechnet keine höhere Sterblichkeit, die Wirtschaft lief normal weiter und den Menschen ging es viel besser. Die Studie der renommierten Stanford Universität unter der Leitung von John Ioannidis vom 5. Januar 2021 beweist klar, dass ein Lockdown samt aller Massnahmen den Virus nicht aufhalten konnte, dafür aber zu enormen Schäden führte. Schweden hat diese Krise gut gemeistert. Der Vergleich zwischen den Bundesstaaten Florida, über die ganze Zeit ohne jegliche Massnahmen und mit Veranstaltungen von über 40'000 Teilnehmern, und Kalifornien mit einem harten Lockdown beweist eindeutig: Sterberaten und Fallzahlen sind praktisch identisch. Bis heute haben 34 der 50 US-Bundesstaaten alle Massnahmen aufgehoben und die Menschen sind wieder in Freiheit. 14 Bundesstaaten verbieten sogar einen Grünen Pass oder einen Impfausweis. Ferner dürfen Daten nicht gespeichert werden.

Rückwirkend betrachtet waren die von unserem Bundesrat befolgten, von der WHO angeordneten Massnahmen nie epidemiologisch begründet, sondern rein politisch. Unsere Medien wurden gleichgeschaltet, wie in China. Unser medizinisches Establishment an den Universitäten liess sich in der Corona-Task-Force willfährig einspannen und liess keine, dem offiziellen Narrativ widersprechenden Experten zu Wort kommen. Bewährte Medikamente wurden schlechtgeredet und viele Patienten wurden falsch behandelt. Das einzige Ziel bestand darin, die experimentellen genetisch modifizierten mRNA- und DANN-Impfungen per Notzulassungen in der Bevölkerung zu verspritzen. Die vielen, teils massiven Nebenwirkungen werden in Spitälern weder seriös dokumentiert, noch wird darüber transparent berichtet. Alle bisher bekannten Vorsichtsmassnahmen wurden damit über Bord geworfen.